

Friedliche Entwicklung und nationale Sicherheit sind ein Gegensatz!

Wir treten der Verengung der sicherheitspolitischen Debatte auf national verstandene militärische Sicherheit entschieden entgegen. Erfahrungen militärischer Auslandseinsätze, wie zuletzt in Afghanistan und Mali, zeigen: Die Wirksamkeit militärischer Gewalt ist ein Mythos.

Bei der Klimakrise ist weitgehend klar, welche Rolle die Lebensweise, gerade in den westlichen Industriestaaten, spielt. Eine Erklärung der Ursache von Krisen und Konflikten ist ein Schlüssel zu ihrer Lösung. Es gilt, Freund-Feind-Denkmuster und den Fokus auf die ausschließliche Wahrung eigener Interessen zu überwinden. Als Forum für Dialoge und friedliche Lösungen im Fall von Konflikten muss die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) deutlich gestärkt werden.

Die Initiative ‚Sicherheit neu denken‘ (SND)¹ zeigt Wege auf, wie Deutschland zu einem Übergang von einer militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 beitragen kann. Das Szenario wurde im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden von einer Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen verschiedener bundesweiter Friedensorganisationen entworfen.

Dass sich die militärische Sicherheitspolitik in einer Sackgasse befindet, zeigen die zunehmenden gewaltvollen Auseinandersetzungen in der Welt. Wissenschaftliche Untersuchungen untermauern die Wirksamkeit ziviler Sicherheitspolitik. Zum Beispiel weist die globale Studie „Wie Frieden gewonnen wird – von zivilem Widerstand zu dauerhafter Demokratie“ zivilen Widerstand als Schlüsselfaktor bei 50 von 67 Transformationen autoritärer Staaten zwischen 1972 und 2005 nach.

Es liegt an uns als Parteibasis, für die Realisierung der Ziele unseres Wahlprogramms (S. 245 ff.)² zu wirken:

- Deutschland soll bei der politischen Entschärfung von Konflikten und in der zivilen Konfliktbearbeitung auf globaler Ebene eine treibende Kraft werden.
- Es bedarf der Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Konzepte und Akteur*innen in der Friedensförderung, Ausbau des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) und Stärkung des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) sowie der Friedens- und Konfliktforschung.
- Die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ wollen wir um einen Aufbauplan mit zivilen Planzielen ergänzen und den Auswärtigen Dienst für dessen heutige Aufgaben fit machen.
- Die personellen und finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und durch eine Reform des Zuwendungsrechts langfristig planbarer werden.
- Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an EU-Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation aufbauen.
- Wir wollen mehr ressortgemeinsame Analysen, Krisenfrüherkennung und Projektplanung, eine engere Abstimmung mit internationalen Partner*innen sowie einen angemessen ausgestatteten Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“.

Weiterhin ist es wichtig, widerstandsfähige Strukturen schaffen, zum Beispiel durch

- beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien
- faire Handelsbeziehungen und Lieferketten
- Stärkung der Demokratie
- sichere und widerstandsfähige IT-Infrastrukturen.

Anlässlich der Entscheidung der Bundesregierung, mitten im Ukrainekrieg ausgerechnet den Etat für das Entwicklungsministerium zu kürzen, appellierte Brot für die Welt an den deutschen Bundestag, mehr Mittel für Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung zu stellen, auch um die Agrar- und Ernährungssysteme durch Umstellung auf Agrarökologie krisenfester zu machen.

Nicht zu vergessen: Wenn wir langfristig eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung mit Russland anstreben, dürfen wir die Brücken in die Zivilgesellschaft und Kontakte in Forschung und Kultur nicht abbrechen.

¹ <https://www.ekiba.de/frieden-gerechtigkeit/kirche-des-gerechten-friedens/szenario-sicherheit-neu-denken/das-szenario/>

² https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf